

Bürgerbeteiligung als Alibi-Veranstaltung

Kommentar zur Nachverdichtung von Ulrich Paul 27.4.2021 online 23.4.2021 - 12:47 Uhr

Die rot-rot-grüne Koalition hat maßvolle Nachverdichtung und Beteiligung der Bürger bei umstrittenen Bauvorhaben angekündigt – doch das Gegenteil ist der Fall.



Foto: Berliner Zeitung/Markus Wächter

Protest gegen Nachverdichtung, am Zaun eines Innenhofs in der Atzpodienstraße in Lichtenberg.

Berlin - Berlin braucht dringend neue Wohnungen, vor allem preiswerte. Wichtigster Partner des Senats, um dieses Ziel zu erreichen, sind die landeseigenen Wohnungsunternehmen. Das Problem: Baugrundstücke in kommunaler Hand sind knapp. Die Unternehmen suchen händeringend nach geeigneten Flächen. Zum Beispiel in Innenhöfen, auf Parkplätzen, auf Dächern von Wohnhäusern. Es ist klar, dass Nachverdichtung, wie diese Form des Bauens auch genannt wird, Konflikte mit sich bringt. Denn kein Anwohner tauscht gerne den Blick ins Grüne gegen den Anblick eines Fünf- oder Sechsgeschossers. Deswegen kommt es bei jedem einzelnen Bauprojekt darauf an, mit den Bürgern zu planen, nicht gegen sie. Bei Bauvorhaben der landeseigenen Unternehmen genauso wie bei Genossenschaften und privaten Bauherren.

Was zurzeit an vielen Stellen der Stadt passiert, ist das genaue Gegenteil. Gewachsene Siedlungen werden zubetoniert und Grünflächen geopfert, ohne dass die Bürger darauf Einfluss nehmen können. Im Kietzer Feld in Köpenick beispielsweise will die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft Degewo zwischen rund 20 Wohnblöcken aus der DDR-Zeit weitere 15 Neubaublöcke errichten – gegen den Willen vieler Bewohner. Die Planung nimmt in Kauf, dass der Charakter der Siedlung zerstört wird, die durch viel Grün und Offenheit geprägt ist.

Dass auf die ursprünglich noch geplante Dachaufstockung im Kietzer Feld verzichtet wird, zeugt dabei nicht von besonderem Entgegenkommen, sondern zeigt nur, wie überzogen die ursprüngliche Planung war.

Stadtentwicklung **Fenster zum Hof: In Köpenick wird den Mietern der Ausblick verbaut**

Bei umstrittenen Projekten sollte es Bebauungsvarianten geben

Bürgerbeteiligung? Ja, die wurde von der rot-rot-grünen Koalition zu Beginn der Amtszeit versprochen. „Für eine maßvolle Nachverdichtung von bestehenden Wohnquartieren ist eine frühzeitige Einbeziehung der Bewohnerschaft unabdingbar“, legten SPD, Linke und Grüne in ihrer Koalitionsvereinbarung fest. In einer Kooperationsvereinbarung zwischen Senat und landeseigenen Wohnungsunternehmen wurde sogar notiert, dass bei umstrittenen Bauvorhaben der städtischen Wohnungsbaugesellschaften eine „städtebauliche und architektonische Qualifizierung mit Bebauungsvarianten“ erfolgen soll – „um die generelle Akzeptanz der Vorhaben zu erhöhen“. Doch das Versprechen wird oft nicht erfüllt. Im Kietzer Feld stellte die Degewo den Bürgern eine zuvor mit dem Stadtplanungsamt abgestimmte Variante vor. Andere Unternehmen verhalten sich ähnlich, etwa die landeseigene Howoge, die in der Atzpodienstraße in Lichtenberg 50 Wohnungen in einen Innenhof setzen will. Dass so der Unmut der Bürger wächst, ist klar.

Umstrittene Nachverdichtung **Wie sich Anwohner in Lichtenberg gegen Neubaupläne wehren**

Die ursprünglich gut klingenden Ziele der Bürgerbeteiligung werden ausgerechnet durch die sogenannten Leitlinien für Partizipation im Wohnungsbau ausgehöhlt, welche die landeseigenen Unternehmen im Jahr 2017 erarbeiten ließen. Darin werden vier Stufen der Beteiligung definiert: Information, Konsultation, Mitgestaltung und Mitentscheidung. Die mögliche Einflussnahme ist bei der „Informationsstufe“ am geringsten und bei der Stufe „Mitentscheidung“ am größten. Je größer die Betroffenheit der Anwohner, desto höher soll die Partizipationsstufe sein. Allerdings: Welche Form der Beteiligung gewählt wird, entscheiden Bezirke und Wohnungsbaugesellschaften. Sie können damit steuern, wie stark die Bürger Einfluss nehmen dürfen. Dass es Abstufungen gibt, sieht auf den ersten Blick nach einem differenzierten Vorgehen aus. Tatsächlich verschaffen die verschiedenen Stufen den Planern aber vor allem die Gelegenheit, Abstriche von den Standards einer ernstzunehmenden Bürgerbeteiligung zu machen, die nur auf der höchsten Stufe zu erreichen ist.

Bauen über alles

Der fatale Ansatz, das Bauen über alles zu stellen, drückt sich in einem Satz der Leitlinien für Partizipation aus. Er lautet: „Bei Beteiligung auf den unterschiedlichen Beteiligungsstufen geht es nicht um das Ob, sondern um das Wie des Bauens beziehungsweise der Quartiersentwicklung.“ Im Klartext: Bauprojekte, wo immer sie geplant sind, werden nicht grundsätzlich infrage gestellt. Doch genau das ist der falsche Ansatz. Jedes Bauprojekt muss sich gefallen lassen, im Zuge einer Bürgerbeteiligung auf seine Stadtverträglichkeit überprüft zu werden. Wenn Bürgerbeteiligung mehr als eine Alibi-Veranstaltung sein soll.

Die Aufgabe der Planer ist es, die Bürger so weit zu beteiligen, dass sie deren Wünsche bei Neubauvorhaben ermitteln und in die Planung einfließen lassen. Wenn der Neubau einen Mehrwert für die Anwohner mit sich bringt, weil zum Beispiel eine dringend benötigte medizinische Einrichtung entsteht, werden die Bürger dem Vorhaben eher zustimmen. Überzogene Pläne, die den Charakter eines Wohngebiets zerstören, werden aber auch mit solchen Angeboten nicht besser. Sie müssen zur Not zurückgezogen werden. Bei jedem Projekt darf es also nicht nur um das Wie gehen, es muss auch das Ob zur Wahl stehen.